



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/105 - 7.5.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

SONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

| | |
|--|------|
| Zur Bundestagsdebatte über den Lastenausgleich | S. 1 |
| Präsidentenwechsel in Lettland | S. 3 |
| Wochenschauen im Konkurrenzkampf | S. 5 |
| Die ewig Gestrigen | S. 5 |

Die soziale Atombombe bleibt

A.E. Es war von symbolischer Bedeutung, daß nicht der Kanzler, sondern sein Stellvertreter die Regierungserklärung zum Lastenausgleich, dem wichtigsten Gesetz über das der Bundestag seit seinem Bestehen zu befinden hat, abgab. Vizekanzler Blücher ist Repräsentant einer Partei, die am ausgesprochensten die Besitzinteressen vertritt. Das ganze in 400 Paragraphen aufgegliederte Gesetz atmet den Geist kapitalistisch-reaktionärer Gesinnung; allzu auffällig tritt das Bestreben seiner Initiatoren zutage, die bestehenden Besitzverhältnisse möglichst unangetastet zu lassen. Der größte politische, wirtschaftliche und soziale Zusammenbruch in unserer Geschichte, eine Folge des Krieges, findet in diesem "Lastenausgleich" keinen entsprechenden Niederschlag. Schon das Wort allein wirkt für Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen als Hohn; der Lastenausgleich zieht nicht die Folgerungen aus der seit 1945 erfolgten sozialen Umschichtung unseres Volkes, sondern geht von der Erhaltung der bestehenden Ungleichheit aus. Er trägt nicht zur Befriedung der sozialen Spannungen bei, er verewigt sie.

Die schon bei der Ratifizierung des Schuman-Plans geübte Methode der Regierungskoalition, ein Gesetzeswerk im Ganzen vom Bundestag annehmen oder verwerfen zu lassen, macht auch hier wiederum Schule. Man muß um die Zukunft der jungen deutschen Demokratie äußerst besorgt sein, wenn der Bundestag nur noch die Funktion einer Abstimmungsmaschine zu erfüllen hat. Alle, aber auch alle Verbesserungsanträge, und mögen sie sachlich noch so begründet sein, sollen nach dem Willen der Regierungsparteien unter den Tisch fallen. Wo bleibt dann noch Raum für die wirksame Geltendmachung des auch und gerade in diesem Falle in der Opposition wirkenden Volkswillens? Nirgends tritt der halbabsolute Charakter dieser Regierung deutlicher hervor, als bei der Behandlung dieses Gesetzes. Sie verschließt sich jeder Kritik, sie betrachtet sich ausschließlich als

Sachwalterin privat-kapitalistischer Besitzinteressen und geht rücksichtslos über nationale und soziale Notwendigkeiten hinweg.

Die Regierungsparteien selbst ahnen etwas von der gefährlichen Bahn, auf die sie sich begeben. In der Frage, wie das deutsche Volk in seiner Gesamtheit mit den durch den verlorenen Krieg aufgeworfenen sozialen und wirtschaftlichen Problemen fertig wird, scheiden sich die Geister. Im deutschen Volkskörper ist zuviel sozialer Zündstoff, sind zuviel unter der Oberfläche gärende Kräfte vorhanden, um sie negieren zu können. Es fiel das Wort von der sozialen Atombombe. Das ist die deutsche Vertriebenennot; es liegt viel Wahres darin. Materielle Atombomben werden in den USA in tiefe Keller verlagert und mit den denkbar größten Sicherheitsmaßnahmen umgeben. Soziale Atombomben aber kann man nicht verlagern, man muß sie entschärfen und dadurch unwirksam machen. Das Gesetz zum Lastenausgleich in seiner gegenwärtigen Form läßt die sozialen Explosivstoffe in unserem Volkskörper unberührt. Mit dieser latenten Gefahr im Innern soll das deutsche Volk den Stürmen der kommenden Zeit und einen verschärften kalten Kriege gewachsen sein - wahrhaft eine Verkennung unserer Lage, wie sie nur von einer Regierung ausgehen kann, die jedes Gefühl der Gesamtverantwortung für die Zukunft unseres Volkes verloren hat.

Ein zu starker Vorwurf? Die Sprecher der Regierungsparteien wiesen, wird man darauf antworten, selbst auf die Unzulänglichkeiten dieses Gesetzes hin. Es war und sei eben nicht möglich, alle zu befriedigen, und im übrigen werden zukünftige "Verfeinerungen und Verbesserungen" in Ergänzungsgesetzen schon die bestehenden Härten und Ungerechtigkeiten ausgleichen. Wer hat denn die Regierungsparteien, so müssen sich viele Vertriebene fragen, daran gehindert, ein solides statt nur ein Stück-Werk zu liefern? Zeit dazu hätten sie genügend gehabt. Die anderthalb Jahre, die seit der ersten Beratung des Lastenausgleichs-Entwurfs verfließen sind, benützten aber die gleichen Parteien dazu, die guten Seiten in ihrem ursprünglichen Entwurf auszulöschen. Deshalb werden auch vorgesehene Änderungen stets nur Verschlechterungen bringen.

Wieso dann der Hinweis auf die Zukunft? Die Erklärung: Die Bundestagswahlen rücken heran. Der nackteste Besitzegoismus bedarf der Tarnung und unverbindlicher Wechsel auf die Zukunft, um zumindest einen Teil jener irreführten Flüchtlingsstimmen zu behalten, die 1949 ihre Stimmen für die Parteien der Bonner Koalition abgaben. Ein Täuschungsmanöver aber, als solches erkannt, läßt sich nicht gut noch einmal wiederholen. Darin liegt die Schwäche dieser Koalition.

+ + +

Präsidentenwechsel in sowjetischen Teilstaaten

Von Bruno Kalnins, Stockholm

Die 16 sowjetischen Teilstaaten, aus denen die Sowjet-Union formell besteht, haben ihre eigenen Staatspräsidenten. Das sind die Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Rates der einzelnen Unionsrepubliken. Ihre Rechte sind wohl dadurch begrenzt, daß sie das Amt des Staatsoberhauptes nicht allein, sondern zusammen mit einem Kollegium von elf Mitgliedern (dem Präsidium) ausüben. Ihre Tätigkeit wird, wie alles in der Sowjet-Union, von den leitenden Parteinstanzen bestimmt. Immerhin sind diese 16 hohen Sowjetbürokraten in ihrem Land die Stellvertreter des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Rates von ganz Rußland, Schwarnik. Was für Leute werden in diese Ämter eingesetzt ?

Wir können diese Frage aufgrund der letzten Ereignisse in Lettland beleuchten. Mitte April tagte in der lettischen Hauptstadt Riga die jährliche Session des sowjetischen Scheinparlamentes, des Obersten Rates von Lettland. Auf dieser Tagung, die nur zwei Tage dauerte, wurde in Eiltempo das Staatsbudget der sowjetlettischen Republik angenommen und dann auch der Staatspräsident neugewählt. Die Einwohner Lettlands wußten vorher nichts von der bevorstehenden Neuwahl des Präsidenten. Sie stand auch gar nicht auf der Tagesordnung der Session.

Der bisherige Präsident war Prof. A. Kirchensteins. Er begründete seinen Rücktritt mit hohem Alter und schwacher Gesundheit. Diese Gründe scheinen die richtigen zu sein, denn Kirchensteins wird in wenigen Monaten achtzig Jahre alt. Der Oberste Rat sprach ihm auch seinen Dank für "treue Dienste" aus. Mit dem Rücktritt Kirchensteins scheidet aus dem Leben Sowjet-Lettlands ein Mann, der zwölf Jahre den Posten des sowjetischen Präsidenten innehatte. Während der Unabhängigkeitszeit Lettlands war er ein bürgerlicher Liberaler und Mitredakteur der größten nationalen Zeitung des Landes. Zu Beginn der russischen Okkupation im Jahre 1940 wurde er Ministerpräsident der Übergangsregierung und trat dann erst nach einigen Monaten der kommunistischen Partei bei. Die russischen

7. Mai 1952

Okkupanten machten zur Tarnung nicht einen alten Kommunisten, sondern diesen einstigen bürgerlichen Professor der Mikrobiologie zum ersten Präsidenten von Sowjet-Lettland. Kirchensteins paßte sich den neuen Verhältnissen an und spielte die Rolle eines hohen sowjetischen Würdenträgers, ohne eine wirkliche politische Bedeutung zu haben. Nun hat er diese traurige Rolle ausgespielt.

Der Rücktritt Kirchensteins überraschte die Letten nicht. Dagegen waren sie erstaunt, als sie in den kommunistischen Zeitungen zu lesen bekamen, daß zu seinem Nachfolger K. Ozolins gewählt ist. Der neue Sowjetpräsident ist ein in Lettland ziemlich unbekannter Mann, der auch in der kommunistischen Bewegung keine besonderen Verdienste hat. Nur wenige hatten von ihm bisher gehört, denn abgesehen von seiner Eigenschaft als Redakteur des kommunistischen Hauptblattes "Cina" ("Der Kampf"), ist er sonst fast gar nicht in der sowjetischen Öffentlichkeit aufgetreten. K. Ozolins ist heute 47 Jahre alt und Mitglied der kommunistischen Partei seit 1926. Während der lettischen Unabhängigkeit war er ein unbedeutender Funktionär in der damals illegalen kommunistischen Partei. Er wurde zweimal zu längeren Zuchthausstrafen verurteilt. Während der russischen Okkupation hat Ozolins keinen Posten weder in der Regierung, noch in der Parteileitung eingenommen. Bezeichnend für seine relative Bedeutungslosigkeit ist, daß er auf dem elften Kongreß der Kommunistischen Partei Lettlands, der Ende Dezember 1951 in Riga tagte, nicht einmal in das Büro des Zentralkomitees gewählt wurde.

Was bedeutet nun die Ernennung Ozolins zum Präsidenten von Sowjet-Lettland? Ozolins ist immerhin ein lettischer Kommunist und nicht ein Russe, wie viele andere sowjetlettische Herrscher. Er ist auch keiner der ebenfalls vielen Letten aus Rußland, die völlig russifiziert sind. Der Krenl hat zum nominellen Staatsoberhaupt einen politisch unbedeutenden, stillen und charakterschwachen Mann ernannt, der durch seine fünfundzwanzigjährige Tätigkeit in der kommunistischen Partei seine blinde Ergebenheit zur Parteileitung bewiesen hat. Bedeutende politische Persönlichkeiten sind an der Spitze der sowjetischen Teilstaaten unerwünscht.

+ + +

Beschlagene Wochenschau-Linsen

Ungleicher, aber erfolgreicher Existenzkampf der
"Neuen Deutschen" gegen drei ausländische Wochenschauen

K-r. Eine etwa 300 Meter lange Wochenschau umfaßt zehn bis zwölf 'stories'; sie hat eine Auflage von rund 250 Kopien. Ein Spielfilm hat eine Durchschnittsauflage von 40 Kopien mit je 2500 m Länge. In Westdeutschland und Berlin gibt es zwischen 4000 und 4500 Kinos. Wochenschaugeeignet sind davon 3500 bis 4000. Die Wochenschauen werden im allgemeinen in fünf Folgen und mehr vermietet; je kleiner die Gemeinde, umso älter sind die Wochenschauen. Die erste Folge muß mit zweieinhalb, die zweite mit zwei, die dritte mit eineinhalb v.H. je Preis der Einlaßkarte für Leihgebühren bezahlt werden. Auf dieser kaufmännischen Basis arbeiten die "NDW" und ihre amerikanische, privatwirtschaftliche Konkurrenz, die bekannte "Fox tönende Wochenschau". Nun kostet aber heute eine Wochenschaukopie bei einer Länge von 300 m etwa 150,-M. Wenn bei einer Auflage von 200 Kopien die umgelegten Produktionskosten (von insgesamt 24000,-M) je Folge in Höhe von 120,-M hinzukommen, so entstehen pro Kopie 270,-M Unkosten. Dazu 30,-M Verleiherspesen = 300,-M. Auf eine Faustregel gebracht, kostet ein Meter Wochenschau ohne Verdienst eine M.

Im Bundesgebiet und Westberlin spielen außer der deutschen Wochenschau noch die "Fox", die amerikanische "Welt im Film" und die französische "Blick in die Welt". Vor allem "Welt im Film" versucht, sich mit erheblichen Preisunterbietungen zu halten. Selbst größte Theater spielen die einstigen Besetzungserzeugnisse zu Verleihkosten von 80,-M, 100,-M, 150,-M ! Praktisch wirkt sich das so aus, daß die Kinobesitzer die Wahl haben, ob sie je Woche für die beiden subventionierten ausländischen Schauen diese Kavalierspreise oder für die "NDW" und "Fox" wöchentlich - je nach Größe des Theaters - zwischen 50,-M und 200,-M mehr ausschütten können oder wollen ! Trotz des Preisdumpings der sogenannten Besetzungs-Wochenschauen hat die "NDW" bisher 1400 Kinos für sich gewonnen. Besonders stark ist sie in Nord- und Westdeutschland vertreten, "Einbrüche" werden außer in Berlin neuerdings in Südwestdeutschland und in Franken erzielt. Das ist u.a. ein interessantes Ergebnis der

britischen Besatzungspolitik, die vor zwei Jahren aus der "Welt im Film" als Partner mit der Begründung ausstieg, daß die Wochenschau als Mittel der Publizistik endlich in deutsche Hände übergehen müsse. Die fast automatische Folge war, daß die von "den Deutschen" gemachte Filmwoche in dem vorherigen englischen Einwirkungsbereich bevorzugt wurde. Dagegen werden die 1167 Kinos der amerikanischen Zone ziemlich ausschließlich von "Welt im Film" und die 1071 Theater der französischen Zone von "Blick in die Welt" bespielt.

Was die amerikanische Schau anbelangt, die inzwischen längst ein selbständiger Trieb der Besatzungspolitik geworden ist - und der seine Wurzeln zu behalten gedenkt, auch wenn die Besatzungszeit formell oder tatsächlich enden sollte - so dürfte sich Ende Juni d.J. das State departement von seiner Rolle als Wochenschau-Finanzier befreien, wie man in Fachkreisen hört. In diesen Kreisen ist es auch ein offenes Geheimnis, daß die amerikanische Schau mit einem wöchentlich für sie in Deutschland eintreffenden Zuschuß von mindestens 50000,-^{DM} die teuerste der Welt ist. Sollte der Geldzustrom von Mitte des Jahres ab aus Washington abebben, so müßte die Frankfurter Allianz-Film, die bisher nur den Verleih der US-Woche besorgte, die gesamte Produktion tragen. Selbstverständlich ist sie dazu nicht in der Lage. Es werden also andere Fonds bemüht werden müssen, und man geht wohl nicht fehl in der Erwartung, daß es ähnliche sein werden wie die, die anderen amerikanischen Publikationsmitteln (Sender "Freies Europa", Zeitschriften "Der Monat" und "Echo der Woche", "Neue Zeitung") zur Verfügung stehen.

Wie sich aber echte Auffassungen eines Volkes in seiner Publizistik, d.h. auch in seiner Wochenschau, durchsetzen sollen, wenn mächtigere Gruppen mit Hilfe starker, ausländischer Finanzkräfte jede eigenständige demokratische Entwicklung eindämmen, bleibt ein Fragezeichen hinter der angeblich in Liquidation begriffenen Besatzungsperiode.

+ + +

Die ewig Gestrigen

Der Bundesverband der deutschen Industrie hat in Hamburg seine Jahrestagung durchgeführt. Wer von ihr Impulse zur Lösung der brennendsten wirtschaftlichen und sozialen Fragen erwartet hat, wird wieder einmal enttäuscht. Dafür ist an dem Geist und Ablauf dieser Tagung umso deutlicher zutage getreten, daß die Unternehmerschaft ausschließlich danach strebt, erneut ihre verhängnisvolle Rolle in der deutschen Politik und Wirtschaft unangefochten spielen zu können.

Es wirkt dabei grotesk, wenn diese Kreise, die augenblicklich schon den Staat direkt und indirekt über die Millionen-Spenden an die Regierungsparteien beherrschen, den Gewerkschaften vorwerfen, einen Staat im Staate bilden zu wollen.

Wie groß aber die Profite sind, die ihnen die Regierungspolitik einbringt, läßt sich daran ermessen, daß man, nur um die Regierung zu stützen, während der entscheidenden öffentlichen Auseinandersetzungen über den Schuman-Plan die wahre Einstellung verschwieg. Sie deckte sich nämlich mit der Auffassung der Opposition und kam auf der Hamburger Tagung zum Ausdruck, als der Hauptgeschäftsführer Beutler erklärte, daß die Herausnahme einzelner Wirtschaftszweige aus der Volkswirtschaft, wie sie der Schuman-Plan mit sich bringt, eine europäische Integration nicht fördere.

Die Argumente, mit denen die gewerkschaftlichen Forderungen abgetan wurden, bewiesen erneut, daß alle Unternehmer-Erklärungen über eine Verständigungsbereitschaft und soziale Aufgeschlossenheit nur hohle Phrasen sind. Gegen die 40-Stunden-Woche wurden die gleichen, längst widerlegten Behauptungen aufgestellt, wie vor über 30 Jahren gegen die Einführung des Achtstundentages. Aber auch die Ablehnung des Mitbestimmungsrechts und der gewerkschaftlichen Forderungen für eine Mitarbeit im Produktivitätsrat bewiesen, daß man im alten kapitalistischen Stile weiterherrschen und die Arbeiter an den Erfolgen ihrer Arbeit nicht im gerechten Maße beteiligen will.

So brachte die Tagung von Hamburg als einzig greifbares Ergebnis: Eine Bestätigung für die Richtigkeit der gewerkschaftlichen und sozialistischen Politik.

gnr

Verantwortlich: Peter Raunan